

Ergebnis zur Aufarbeitung von Schicksalen ehemaliger Heimkinder

Mit Ratsauftrag 1341/2009 wurde die Verwaltung beauftragt, mit Einrichtungsträgern und falls möglich unter Beteiligung von Betroffenen, ein Vorgehen zur Aufarbeitung von Schicksalen ehemaliger Heimkinder abzustimmen.

Viele der Betroffenen, die als Kinder und Jugendliche in den 50er und 60er Jahren in Heimerziehung waren, berichten über erlittene Misshandlungen, Erniedrigungen und wirtschaftliche Ausbeutung in konfessionellen und staatlichen Heimen. Einige Betroffene haben den Wunsch über diese Zeit zu reflektieren, mit anderen Betroffenen ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen, andere haben dieses Thema völlig verdrängt, empfinden Scham darüber, im Heim gewesen zu sein, sind (noch) nicht in der Lage, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, oder sie gar zu bewältigen.

Angebote für ehemalige Heimkinder

Um den Betroffenen unbürokratisch und kostenfrei eine/n Ansprechpartner/in zur Verfügung stellen zu können und zugleich vertieften Einblick in Problemausmaß und Konstellation zu gewinnen, wird vorgeschlagen, eine Hotline einzurichten, um eine Erstinformation geben bzw. einen Erstkontakt herstellen zu können. Diese Hotline sollte für 6 Monate geschaltet sein und eine niedrighschwellige Erreichbarkeit sicherstellen. Für die Hotline würden psychologisch und therapeutisch geschulte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei um ehemalige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Fachbereiches Jugend und Familie.

Nach der telefonischen Kontaktaufnahme würde den Betroffenen die Möglichkeit angeboten, sich in Selbsthilfegruppen zu treffen. Diese Treffen würden auf Wunsch pädagogisch begleitet werden.

Viele ehemalige Heimbewohner/innen haben den Wunsch zu verstehen, warum sie damals im Heim untergebracht worden sind und wer für die Unterbringung verantwortlich war. Von zentraler Bedeutung ist deshalb für Betroffene auch Originalunterlagen einsehen zu können. Diesem Wunsch sollte – soweit möglich und zulässig - entsprochen werden. Für die Akteneinsicht müsste es eine feste Ansprechpartnerin/einen festen Ansprechpartner geben. Die Akteneinsicht sollte durch die Vergabe individueller Termine erfolgen.

Um möglichst viele ehemalige Heimbewohner über die Aktivitäten der Landeshauptstadt Hannover zu informieren, sollte zudem eine spezielle Internetseite erstellt werden, die über die geplanten Aktivitäten der Landeshauptstadt Hannover, der anderen hannoverschen Einrichtungsträger und des Landes Niedersachsen informiert.

Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungsträgern

Die Verwaltung hatte folgende hannoversche Einrichtungsträger eingeladen und über den Ratsbeschluss informiert. Hierbei wurde um Zusammenarbeit gebeten sowie über die Vorschläge für die Betroffenen informiert.

Birkenhof Jugendhilfe gGmbH
Jugendhilfe Hermann Bödeker
Jugendhilfe St. Joseph
Kinder- und Jugendheim Limmer
Pestalozzistiftung
Stephansstift
Heimverbund

Geschäftsführer: Herr Scholz
Leitung: Herr Ruck, Frau Birkholz
Leitung: Frau Reuther
Leitung: Herr Thaddey
Bereichsleitung Jugendhilfe: Herr Meyer
Bereichsleitung Jugendhilfe: Herr Schneider
Leitung: Herr Maschke

Darüber hinaus wurde Frau Wagner vom Nds. Landesamt für Soziales, Jugend und Familie einbezogen.

Die eingeladenen Träger erklärten grundsätzlich alle ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit, den Prozess gemeinsam zu gestalten und ggf. durch eine Veranstaltung z.B. im Rathaus, zur Dokumentation und zum Erfahrungsaustausch mit allen Beteiligten zu bereichern.

Gutachten

Es wird vorgeschlagen, eine unabhängige Untersuchung in Auftrag zu geben, um die spezielle Situation der Heimerziehung in der Stadt Hannover zu untersuchen.

In der Fachliteratur über Heimerziehung ist viel über Fürsorgeerziehung (FE) und Freiwillige Erziehungshilfe (FEH) geschrieben worden. Weniger untersucht wurden Einrichtungen, in denen Kinder nach §§ 5, 6 JWG (die so genannte einfache Heimerziehung) untergebracht worden sind. Die Landeshauptstadt hat als Träger drei Einrichtungen nach §§ 5, 6 JWG betrieben.

Erforscht wurde bisher wenig, welche Einweisungspraxis es in Hannover gab sowie die Rolle des Pflegekinderwesens bzw. die Qualität der Unterbringung in Pflegefamilien. In diesem Zusammenhang wäre es auch wichtig, die Rolle des damaligen Jugendwohlfahrtsausschusses zu untersuchen. Eine entsprechende Untersuchung sollte von einem/einer entsprechend ausgewiesenen Historiker/in auf wissenschaftlicher Grundlage erarbeitet werden.

Dokumentation

Es wird empfohlen, die Aktivitäten zur Aufarbeitung ehemaliger Heimkinder in einer Broschüre zusammenzufassen. In dieser Broschüre sollten auch die anderen Einrichtungsträger Platz und Raum finden ihre Aktivitäten darzustellen.

In der Broschüre sollte auch der Brückenschlag von der damaligen Heimerziehung zur heutigen Form der Betreuung von Kindern und Jugendlichen dargestellt werden.

Kosten

Für alle hier vorgeschlagenen Maßnahmen würden nach heutiger Schätzung Gesamtkosten von ca. 80.000 € entstehen. Dabei wären selbstverständlich auch Teilmaßnahmen umsetzbar.